

**Müller, Joachim (ed.): Reforming the United Nations. The Quiet Revolution**

UN Publ. E.01.I.16  
Den Haag etc.: Kluwer 2001  
968 S., 275,- Euro

Anpassungszwängen unterlagen die Vereinten Nationen schon bald nach ihrer Gründung, oftmals ausgelöst durch teils kleinere, teils größere, kurzzeitige oder langandauernde Finanzkrisen. Einige der Veränderungen in fünfeinhalb Jahrzehnten UN-Geschichte verdienen die Bezeichnung Reform; dies gilt etwa für die Änderungen der UN-Charta, durch die die Zahl der Mitglieder des Sicherheitsrats (einmal) und des Wirtschafts- und Sozialrats (in zwei Fällen) in den sechziger und siebziger Jahren aufgestockt wurde, oder etwa die Resolution 41/213 der Generalversammlung von 1986, die ein neues Budgetverfahren schuf. Anderes gehört eher unter die Kategorien von Stückwerk, kurzlebigen Arrangements und armseligen Kompromissen, da der Mangel an Konsensbereitschaft unter den Mitgliedstaaten mehr nicht hergab.

Dem jetzigen UN-Generalsekretär Kofi Annan ist es gelungen, in den ersten vier Jahren seiner Tätigkeit eine Reihe nachhaltiger Reformmaßnahmen entweder selbst direkt durchzusetzen oder – soweit er auf die Zustimmung der UN-Mitgliedstaaten angewiesen war – konsensfähig zu machen. Seine Mitte dieses Jahres erfolgte Wiederwahl für eine zweite Amtsperiode ab Januar 2002 bietet eine gute Gelegenheit zu einer Rückschau auf die jüngere und weiter zurückliegende Vergangenheit in der UN-Reformgeschichte. Diese Aufgabe hat sich die vorliegende Publikation Joachim Müllers zum Ziel gesetzt. Müller, ein langjähriger Mitarbeiter des UN-Sekretariats, ist Haushaltsdirektor der WIPO in Genf. Auf mehr als 180 Seiten präsentiert er eine gestraffte Darstellung der Reformversuche und -erfolge bis zum Beginn der Epoche Annan (mit vorsichtigen Bewertungen) sowie eine breit angelegte Erläuterung der Reformvorhaben der letzten Jahre. Seine Rückschau umfaßt die vom gegenwärtigen Generalsekretär selbst angestoßene Agenda (›Erneuerung der Vereinten Nationen: ein Reformprogramm‹), Reforminitiativen aus der Reihe der Mitgliedstaaten und solche von dritter Seite. Abgehandelt werden unter anderem die Forderungen der Regierung Clinton und des republikanischen US-Senators Jesse Helms bis hin zu Vorschlägen der nordischen Staaten, des Millenniums-Forums der nichtstaatlichen Organisationen und des in Genf angesiedelten ›South Centre‹, einer Interessenvertretung der Entwicklungsländer. Hervorhebung verdient die Darstellung der (leider in der öffentlichen Diskussion nicht mit der angemessenen Aufmerksamkeit bedachten) Reformarbeit des deutschen Untergeneralsekretärs und UNEP-Exekutivdirektors Klaus Töpfer, der auch Vorsitzender der Arbeitsgruppe über Umwelt und menschliche Siedlungen im Jahre 1998 war. Unterstützt von einer vom Generalsekretär eingesetzten hochrangigen Experten-Gruppe erarbeitete Töpfer konkrete Vorschläge zur Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen; konkret ging es um die Zusammenarbeit von UNEP und Habitat, die Aufwertung der Aufsichtsgremien und weiterer Gremien der Mit-

gliedstaaten der beiden Spezialorgane, eine zusätzliche Koordinierung im Rahmen des UN-Systems, die Einbeziehung des nichtstaatlichen Sektors, die Etablierung eines Frühwarnsystems für Umweltkatastrophen, schließlich um verbesserte Informationssysteme und neue Finanzierungsinstrumente. Beabsichtigt war damit auch die Stärkung des Standorts Nairobi, Sitz von UNEP und Habitat. Sie sind die einzigen Einrichtungen des Verbandes der Vereinten Nationen mit weltweitem Mandat, die in einem Entwicklungsland ansässig sind.

Während die Reform des Sekretariats der Vereinten Nationen im großen und ganzen erfolgreich voranschritt, sind die Reformbemühungen beim Sicherheitsrat längst noch nicht am Ziel angelangt. Die Hoffnungen beispielsweise Deutschlands und Japans auf einen ständigen Sitz mit Vetorecht sind wegen des Widerstands einiger Staaten, die von einer Erweiterung der Zahl der Sicherheitsratsmitglieder nicht profitieren würden und gegenüber den beiden erwähnten Kandidaten an politischem Gewicht verlieren könnten, zunächst einmal steckengeblieben.

Weitere Beiträge beschäftigen sich mit der ›Agenda für die Entwicklung‹ und der Ergänzung zur ›Agenda für den Frieden‹ von 1997, mit der Reform der Friedenssicherung (Brahimi-Bericht) oder mit humanitärer Hilfe. Die Reorganisation des Sekretariats, Haushaltskürzungen und andauerndes Nullwachstum, die Revision des Haushaltsverfahrens und der mühsam ausgehandelte neue Beitragsschlüssel waren Antworten auf die Finanzprobleme der Organisation. Den Schlußpunkt der Betrachtung bilden die Beschlüsse des Millenniums-Gipfels vom Spätsommer 2000. Als weitreichende Neuerung wird die von Kofi Annan verwirklichte Öffnung der Vereinten Nationen zum nichtstaatlichen Sektor und zur Wirtschaft bezeichnet. Der von ihm initiierte Globale Pakt bietet den Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft eine Plattform, auf freiwilliger Basis zur Verwirklichung grundlegender Ziele der UN in den Bereichen der Menschenrechte, von Arbeit und Umwelt beizutragen. Diese ›stille Revolution‹ kann als eines der Kernstücke der Reformagenda in der ersten Amtsperiode des Generalsekretärs gesehen werden.

Der Darstellung der jüngsten Reformbemühungen schließt sich auf mehr als 750 Seiten die Wiedergabe von Primärliteratur an. Sie umfaßt 20 ausgewählte einschlägige Dokumente und zehn Reformbeschlüsse der Generalversammlung und des Sicherheitsrats.

Die Fülle der gelieferten Information wirkt auf den Benutzer nicht entmutigend, sondern ermöglicht ein Nachvollziehen und Verstehen der mitunter recht verschlungenen Abläufe von Reformprozessen im UN-Rahmen und zeigt die Grenzen des Machbaren auf. Der Autor konzentriert sich nicht nur auf Erfolge, sondern nennt auch Fehlschläge beim Namen (zum Beispiel blieben fünf Jahre schwieriger Verhandlungen zur Agenda für die Entwicklung ohne ein nennenswertes Ergebnis). Es liegt auf der Hand, daß nicht jeder Benutzer alles in der Detailliertheit vorfindet, die ihm wichtig erscheinen mag; ein solches Werk hätte nur mehrbändig ausfallen können. Eine etwas breiter und tiefer angelegte Darstellung hätte vielleicht der Komplex

der Reformmaßnahmen im Bereich des Personalwesens verdient. Kofi Annan, früher selbst einmal Chef der Personalabteilung des UN-Sekretariats, hat auf diesem Gebiet eine Menge in Bewegung gesetzt (so die Stärkung der Eigenverantwortung der UN-Mitarbeiter), aber ebenso noch eine Menge vor sich (so das schon seinem Amtsvorgänger von der Generalversammlung aufgetragene Ziel eines ausbalancierten Verhältnisses der Geschlechter im höheren Dienst).

Die neue Veröffentlichung ist einerseits ein eigenständiger Beitrag, ergänzt aber zugleich eine 1997 im gleichen Verlag erschienene Publikation ›Reforming the United Nations: New Initiatives and Past Efforts‹. Jene Veröffentlichung umfaßt drei Bände und präsentiert Primärliteratur über den Zeitraum von 1950 bis 1995. Unter Einschluß der neuen Publikation bildet das Gesamtwerk eine über 4000 Seiten umfassende Dokumentation zum Thema Reformbemühungen in den Vereinten Nationen (unter teilweiser Berücksichtigung der freiwillig finanzierten Fonds und Programme, aber unter Ausschluß der UN-Sonderorganisationen). Der große Umfang dieser Dokumentation hat sicher zum recht hohen Preis der Publikation beigetragen, aber erspart dem Benutzer das mühsame Zusammenstellen der Dokumente, ohne deren Lektüre das Verstehen der UN-Realität schwerfallen würde.

Die neue Publikation ist von besonderem Interesse für alle, die sich auf publizistischem und akademischen Feld oder in der beruflichen Praxis mit der Arbeit der Vereinten Nationen befassen. Mit einem Griff und in chronologischer Ordnung sind Dokumentation und Erläuterungen zu den wichtigsten Reformvorschlägen verfügbar.

WOLFGANG MÜNCH □

**Hobe, Stephan (Hrsg.): Kooperation oder Konkurrenz internationaler Organisationen. Eine Arbeitstagung zum Verhältnis von Vereinten Nationen und Europäischer Union am Beginn des 21. Jahrhunderts**

Baden-Baden: Nomos 2001  
156 S., 58,- DM

Das Verhältnis zwischen Vereinten Nationen und Europäischer Union (EU) ist gemeinhin ein Thema für Spezialisten. Seit jedoch mit dem Kosovo-Krieg zwischen den UN einerseits und der NATO – und mit ihr auch der EU – andererseits Probleme hinsichtlich der militärischen Gewaltausübung für außenpolitische Zwecke und ihrer völkerrechtlichen Legitimierung entstanden sind, scheint dieses wichtige internationale Thema zumindest im vopolitischen Raum stärkeres Interesse zu finden. Dies gilt um so mehr, als die EU sich anschickt, mit ihrer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) eine eigene militärische Komponente für ihre Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zu entwickeln. Es war daher verdientvoll, daß das von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung finanzierte Rechtszentrum für europäische und internationale Zusammenarbeit (R.I.Z.) an der Universität zu Köln im